



## PLANUNGSAUFTRAG

# Wie geht es weiter am Schulcampus Aldingen?



Foto: Privat

Ob und welche Möglichkeiten es gibt, am Schulcampus Aldingen künftig auch eine Ganztagsgrundschule einzurichten, soll ein Ludwigsburger Planungsbüro ermitteln.

## REMSECK

VON KRISTINA WINTER

Außer in Pattonville gibt es in keinem Remsecker Stadtteil derzeit unmittelbaren Handlungsbedarf, die Ganztagsgrundschule einzuführen. Zu diesem Ergebnis kommt das Büro GUS Architekten, das im Auftrag der Stadt einen Masterplan für die Grundschulentwicklung erarbeitet hat (wir berichteten). Allerdings sollte nach Meinung der Experten die Entwicklung am Schulcampus Aldingen näher untersucht werden, zu dem die Wilhelm-Keil-Gemeinschaftsschule und die Neckarschule (Grundschule) gehören. Der Sanierungsbedarf ist dort teilweise hoch. Und zum aktuellen Schuljahr wurden als Interimslösung Container aufgestellt, um den akuten Platzmangel zu lindern.

Die GUS-Architekten schlagen vor, den Raumbedarf der beiden Schulen in zwei Varianten zu prüfen. Zum einen soll ein

Konzept für die Neckarschule als 3,5-zügige Einrichtung mit Ganztagsangebot in Wahlform erarbeitet werden. Zum anderen wird vorgeschlagen, eine zweizügige gebundene Ganztagschule in die Gemeinschaftsschule zu integrieren. Nach Meinung der GUS-Architekten ist dies allerdings eine mittelfristige Lösung, die erfordert, dass an anderer Stelle eine neue dreizügige Grundschule gebaut wird – zum Beispiel in der Neuen Mitte.

Der Gemeinderat hat am Dienstagabend beschlossen, das Planungsbüro Hein, Hützel, Lindenberger aus Ludwigsburg mit dieser Untersuchung zu beauftragen. Es war in den vergangenen Jahren schon mehrfach auf dem Aldinger Schulcampus tätig. Jetzt soll das Büro den Sanierungsbedarf ermitteln und auch einen Sanierungsfahrplan erstellen. Die Kosten wurden auf maximal 30 000 Euro begrenzt. Diesem Beschluss ging allerdings eine längere Diskussion voraus.

SPD-Stadtrat Harald Sommer vertrat die Meinung, dass der Gemeinderat erst einmal politisch festlegen müsse, was er in

Sachen Ganztagschule wolle und welche Rolle der Standort Aldingen künftig spielen solle. „Bisher war Ganztagschule doch nicht so sehr gewünscht“, erinnerte er und wunderte sich, dass Architekten mit allen Beteiligten ein Konzept erarbeiten sollen, wenn der Gemeinderat sich noch gar nicht einig darüber sei, was er wolle. „Ich finde es nicht gut, erst die technischen Lösungen vorzugeben“, so Sommer.

Diese Meinung vertrat auch Grünen-Stadträtin Monika Voggesberger.

Um eine politische Entscheidung fällen zu können, müssten Fakten vorliegen, entgegnete Oberbürgermeister Dirk Schönberger. Vor allem müsse bekannt sein, welche Kosten entstünden. Beide Schulen hätten nachgefragt, welche

räumlichen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung zur Verfügung stünden, ergänzte Remsecks Erster Bürgermeister Karl-Heinz Balzer. Die Stadt wolle mit der Untersuchung eine Entscheidungsgrundlage liefern, ob die Integration einer Ganztagsgrundschule in die Gemeinschaftsschule Sinn mache. Man wolle zudem wissen, was am Standort alles

saniiert werden muss, um die Stadt vor Fehlinvestitionen zu schützen. „Im Vergleich zu den Kosten, die auf uns zukommen können, sind die Ausgaben für den Planungsauftrag kleines Geld“, sagte Balzer. Zuvor hatte CDU-Sprecher Steffen Kirsch moniert, die dafür vorgesehenen 30 000 Euro erschienen ihm recht hoch. Nach den Erläuterungen der Verwaltung sagte Kirsch, dass das Prozedere nachvollziehbar sei, mahnte aber an, den Kostenrahmen nicht unbedingt voll auszuschöpfen. Der Betrag sei hoch angesetzt, es könne durchaus weniger werden, versicherte Bürgermeister Karl Velte. Die 30 000 Euro seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sagte FDP-Fraktionschef Gustav Bohnert. Es sei wichtig, zu wissen, was beide Lösungen kosten.

„Dann verstehe ich das jetzt so, dass Aldingen Standort für eine Ganztagsgrundschule sein wird“, hakte SPD-Rat Sommer nach. Der Masterplan habe ausreichend Aussagen dazu getroffen, entgegnete Karl-Heinz Balzer. An der Neckarschule werde durchaus Bedarf gesehen, aber es gebe derzeit keine Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Deshalb wolle man untersuchen, was machbar wäre. Dann entscheide der Gemeinderat.

**„Um eine politische Entscheidung fällen zu können, müssen Fakten vorliegen.“**

**Dirk Schönberger**  
Oberbürgermeister